



# Dem Kriegsrad in die Speichen fallen

von Irmgard Ehrenberger

### Die Neutralität

- schützt Österreich und seine Einwohner\*innen
- ist obsolet
- muss militärisch abgesichert werden
- ist wie Lipizzaner und Mozartkugeln passé
- existiert gar nicht mehr
- gehört zur Identität der Österreicher\*innen
- steht nicht zur Diskussion
- ist für Feiglinge und Trittbrettfahrer\*innen
- wurde wie eine Salami scheinweise entsorgt...

**D**iese und noch viel mehr Aussagen wurden im Rahmen der ständigen Diskussionen um die Neutralität getätigt. Völkerrechtliche Grundlagen und empirische Studien liegen diesen Diskussionen kaum zugrunde. Besonders ins Auge stechen Aussagen wie jene von Minna Alander,

immerhin wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Sicherheitspolitik am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Helsinki: „Neutralität liegt insofern im Auge des Betrachters, als dass die in Friedenszeiten edel klingende Idee doch letztlich bedeuten kann, auf der falschen Seite der Geschichte zu landen, wenn tatsächlich in der Nachbarschaft ein Krieg ausbricht. So muss jedes noch verbleibende neutrale Land in Europa wie die Schweiz ehrlich in sich gehen und fragen, wem seine Neutralität nützt.“<sup>(1)</sup>

Neutralität ist weder eine „edle Idee“ noch für Friedenszeiten gedacht – im Gegenteil: Neutralität ist ein völkerrechtliches Konzept/Instrument für Zeiten des Krieges. Oder anders gesagt: Im unwahrscheinlichen Fall, dass sich eines Tages alle Staaten an das in der UNO-Charta festgeschriebene Gewaltverbot halten, dann – und erst dann – wird Neutralität überflüssig.

Gehen wir also in uns und schauen uns an, wem Neutralität nützt. Neu-

tralität ist keine Erfindung unserer Zeit, die ältesten bekannten Überlegungen dazu sind 2500 Jahre alt. Man findet sie beim griechischen Historiker Thukydides oder beim indischen Historiker Kautilya (Chanakya). Man kann davon ausgehen, dass sich damals Neutralität in bestimmten Kriegskonstellationen als günstig und nützlich für Stadtstaaten oder Fürstentümer/Königreiche erwies. Erste formale Übereinkünfte bezüglich Neutralität entstanden bereits um das Jahr 1200 bzw. um 1300, wo es v.a. bei Seekriegen im Mittelmeer für nicht beteiligte Staaten wichtig war, den Seehandel aufrecht zu erhalten.<sup>(2)</sup> Allerdings waren diese Abkommen noch nicht ausreichend definiert, da das Konzept der Neutralität noch in Entwicklung war, daher boten sie auch nur einen begrenzten Schutz für nicht kriegsführende Schiffe. Kodifiziert wurde Neutralität aber erst als Teil des Völkergewohnheitsrechts in den Haager Konventionen von 1899 und 1907, wo Rechte und Pflichten neutraler Staaten festgeschrieben wurden.

(1) Minna Alander: Die Neutralität liegt im Auge des Betrachters. NZZ, 29. 7. 2023

(2) <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2024/nr-21-15-oktober-2024-sonderbeilage/neutralitaet-als-aussenpolitische-maxime>



Neutralität beinhaltet drei Eckpfeiler: Die Nicht-Teilnahme an Kriegen, die nicht das eigene Staatsgebiet betreffen, keine Mitgliedschaft in einem militärischen Bündnis und das Verbot, fremde Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet zu stationieren.

Zu unterscheiden ist v.a. die gelegentliche Neutralität von der permanenten (dauernden) Neutralität, wobei eine gelegentliche Neutralität eher als unverlässlich und unberechenbar für andere an einem Krieg oder Konflikt beteiligten Staaten gilt. Ein Staat kann sich auch zu Beginn eines Konfliktes zwischen anderen Ländern neutral verhalten und im Laufe des Krieges Partei ergreifen. Nichtsdestotrotz gelten für die Zeit, in der sich ein Staat als neutral erklärt, die völkerrechtlichen Bestimmungen zur Neutralität. Staaten, die sich als dauerhaft/immerwährend neutral erklärt haben, sind hier verlässlicher. Sie müssen allerdings auch in Friedenszeiten immer wieder ihre Neutralität bekräftigen und klar machen, dass sie an keinen zukünftigen Kriegen teilnehmen werden.

Die Nicht-Teilnahme an fremden Kriegen stellt wohl ganz offensichtlich einen Vorteil für die eigene Bevölkerung dar. Keine Soldat\*innen müssen für fremde Interessen ihr Leben lassen und den Bewohner\*innen eines neutralen Staates werden keine Kriegskosten aufgebürdet. Ein neutraler Staat kann über die Kosten für militärische Landesverteidigung selbst bestimmen und ist nicht, wie beispielsweise im Falle der NATO, ständigem Druck ausgesetzt, Militärausgaben zu erhöhen. Neutrale Staaten werden in der Regel nicht als feindselig betrachtet, was die Gefahr eines Angriffs vermindert. Der Politikwissenschaftler Heinz Gärtner betont, dass der neutrale Staat glaubhaft und nützlich sein muss – „dann kann Neutralität an sich eine gute

Sicherheitsgarantie darstellen. Sie ist als ‚engagierte Neutralität‘ das Gegenteil eines Abseitsstehens.“<sup>(3)</sup>

## Der Beitrag der Neutralität zum Frieden

Aufrüstung und insbesondere militärische Bündnispolitik führen oft zu einem Sicherheitsdilemma: in der Eigenwahrnehmung dient Aufrüstung der eigenen Sicherheit eines Staates, in der Wahrnehmung anderer Staaten wird diese als Bedrohung wahrgenommen. Insbesondere Militärbündnisse leben vor allem davon, Feinde zu haben oder gegebenenfalls zu definieren, denn sonst wären sie obsolet.

Wenn sich mehr Staaten als dauerhaft neutral erklärten und sich so auch neutrale Regionen herausbildeten, könnten diese Staaten die Kriegslogik ins Leere laufen lassen, indem sie dem o.g. Sicherheitsdilemma zumindest teilweise ein Ende setzen.

Dauerhaft neutralen Staaten dient die Bewaffnung verlässlicher Weise zur Verteidigung eines Angriffs auf das Staatsgebiet und nicht zur Führung eines Angriffskrieges. Zudem haben diese Staaten viel eher Interesse an einer friedlichen Koexistenz im näheren und weiteren Umfeld. Da die Anerkennung ihrer dauerhaften Neutralität auch auf der Nützlichkeit dieser beruht, sind diese Länder prädestiniert für Vermittlung in Konflikten, die Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO oder OSZE, das Zur-Verfügung-Stellen von Verhandlungsmöglichkeiten oder die Ansiedlung von internationalen Organisationen auf ihrem Staatsgebiet. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Neutralität zwar keine Voraussetzung für das Friedensengagement eines Staates ist, aber eine gute und vielversprechende Grundlage darstellt. Die Glaubwürdigkeit

von Vermittlungsbemühungen neutraler Staaten in Krisen- oder Kriegsfällen kann jedenfalls wesentlich höher sein als jene von Staaten, die im Krisen- oder Kriegsfall eine Seite unterstützen. Aktuell kann das Beispiel USA genannt werden: Im Wahlkampf erklärte Donald Trump, er werde den Ukraine-Krieg innerhalb eines Tages beenden. Nach einer scheinbar einseitigen Unterstützung Russlands und der Forderung, die Ukraine müsse einen Teil ihres Territoriums abgeben, änderte der Präsident seine Meinung. Er verkündete, dass die Ukraine mit Hilfe westlicher Verbündeter ihr Gebiet zurückerobern kann. Dieser Schritt weist weniger auf Frustration über die Politik Russlands hin als auf das Interesse, Vorteile aus dem Krieg zu ziehen: Die EU übernimmt die Verantwortung für die Ausrüstung der Ukraine und kauft die nötigen Waffen in den USA. So kann der Krieg aus Sicht der USA noch Jahre weitergehen. Für Ukrainer\*innen hört der Terror des Krieges auf absehbare Zeit nicht auf, ukrainische und russische Soldat\*innen werden weiter auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen und ein immer größerer Teil der EU-Steuerzahler\*innen wird bei Wahlen ihr Kreuz weiter rechts setzen.

## Bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität?

Einschlägige Autor\*innen gehen davon aus, dass sich ein neutraler Staat auf jeden Fall mit militärischen Mitteln verteidigen können muss. Manche sind sogar der Meinung, dass neutrale Staaten im Falle einer allgemeinen weltweiten Demilitarisierung die letzten sein sollten, die ihre militärischen Kapazitäten abbauen.

Österreich möchte seine Neutralität „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ verteidigen. Das war auch eine

(3) Heinz Gärtner: Ideen zum positiven Frieden



## NEUTRALITÄT

Bedingung des US-Präsidenten Dwight Eisenhower für die Zustimmung zur österreichischen Neutralität. Allerdings beruht das allgemeine Verständnis, dass „alle zu Gebote stehenden Mittel“ selbstverständlich militärische Mittel einschließt, auf einer uralten, zutiefst patriarchal geprägten Gewalt- und Kriegskultur. Alle zu Gebote stehenden Mittel könnten sich ebenso gut – oder eben viel besser – an den Menschenrechten, der individuellen menschlichen Sicherheit, den Notwendigkeiten für eine lebenswerte Zukunft und humanistischen Zugängen – kurz: an der Gewaltfreiheit – orientieren. Damit kämen dann andere Elemente der Verteidigung der in Österreich lebenden Menschen wie etwa der Zivilschutz, die Soziale Verteidigung, aktive Friedenspolitik etc. zum Tragen. Zudem stehen hinter der Kriegskultur auch handfeste wirtschaftliche Interessen. Es kann nicht oft genug betont werden, dass die Überproduktion von Waffen den Ausbruch von Gewalt und Krieg fördert.

Costa Rica hat bereits 1948 sein Militär abgeschafft und sich 1983 als dauerhaft neutral erklärt. Das Beispiel Costa Rica könnte neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen, sie müssten politisch nur gewollt werden.

### Ist Österreich noch neutral?

Österreich hat beim Beitritt zur Europäischen Union keinen Neutralitätsvorbehalt angemeldet, sondern die Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugesagt. Damit wurde die Reichweite des Neutralitätsgesetzes eingeschränkt. Auch legt Artikel 42, Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union von 2009 im Falle eines Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates eine Beistandsverpflichtung

fest. Allerdings wird in der Klausel nicht spezifiziert, dass dieser Beistand militärisch erfolgen muss. Österreich hält im Artikel 23j B-VG (2010) fest, dass es auch in Zukunft selbst entscheiden kann, ob und auf welche Weise Beistand geleistet wird.

Offensichtlich ist allerdings, dass die EU sich beschleunigt zu einem Bündnis mit eigenen militärischen Planungs- und Finanzierungsinstrumenten entwickelt. Und Österreich ist nicht nur dabei, sondern mittedrin, wie jüngst der Beitritt zum Sky Shield-Projekt aufzeigt. Die Bewahrung des Kerns der militärischen Neutralität bei gleichzeitiger Integration in die militärischen Strukturen der EU bis hin zu einer anvisierten EU-Armee ist ein wahrlich seltsamer Balanceakt, zumal EU und NATO immer mehr verschmelzen.

Neutral sein heißt nicht indifferent sein gegenüber Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte. Österreich kann seine Neutralitätspolitik selbst gestalten, sie muss aber glaubhaft sein. Weder die ständigen Angriffe auf die Neutralität noch eine Außenpolitik, die völkerrechtliche Maßstäbe unterschiedlich anlegt, vermitteln den festen Willen, die Neutralität weiterhin aufrecht zu erhalten. Das Herausbeschwören der Bedrohung durch Russland, das angeblich keine andere Antwort als die militärische Aufrüstung zulässt, fördert eine Blockbildung, die überwunden schien.

### Aktive Friedenspolitik

Statt eine Einteilung in „Gut und Böse“, in „Freund und Feind“ vorzunehmen, könnte Österreich den Fokus auf die den Konflikten zu Grunde liegenden Wurzeln richten. Nicht das Besiegen des Feindes steht auf der Agenda (z.B. haben Politiker\*in-

nen wiederholt die Schwächung Russlands als Kriegsziel definiert), sondern die Lösung des Problems. Diese Herangehensweise wäre der Kern einer aktiven Friedenspolitik. Als Versöhnungsbund haben wir eingehend analysiert, warum die aktuelle Aufrüstungs- und Kriegspolitik der EU nicht zum Frieden führen wird und zahlreiche Vorschläge für eine Überwindung der Kriegskultur gemacht<sup>(4)</sup>, allerdings ist auch klar, dass der Friedensweg mühsam ist und Mut und Kreativität erfordert. Der ausgetretene Pfad der Militarisierung ist wohl bequemer, zumal er auch den Interessen der Rüstungslobby entspricht. Der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen meint, dass die Lage heute gefährlicher sei als zur Zeit der Kubakrise, da niemand bereit sei, die Krise zwischen Russland und der Ukraine zu entschärfen. Außerdem werde mit einer Selbstverständlichkeit über die Vorbereitung des Krieges gesprochen, die beunruhigend sei. Höchste Zeit aus dem „European Way of War“ auszusteigen.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin des Internationalen Versöhnungsbundes, österreichischer Zweig, Projektleiterin des Programms „Friedenspräsenz in Kolumbien“ und für die Bereiche aktive Friedenspolitik und Friedenskultur zuständig.

(4) <https://www.versoehnungsbund.at/waffen-schaffen-keinen-frieden/>  
<https://www.versoehnungsbund.at/oesterreichische-friedensstrategie/>

